

## **Protokolleintrag vom 23.09.2009**

**2009/420**

### **Erklärung der SVP-Fraktion vom 23.09.2009: Riesige Schlappe für das Sozialdepartement**

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Mit grosser Genugtuung nimmt die SVP-Gemeinderatsfraktion Kenntnis vom vollumfänglichen Freispruch der beiden ehemaligen Mitarbeiterinnen des Zürcher Sozialdepartements, Esther Wyler und Margrit Zopfi, seitens des Bezirksgerichts. Beide Frauen hatten innerhalb des Sozialdepartements alles unternommen, um auf offensichtliche Missstände in der Sozialhilfe hinzuweisen. Sämtliche Vorgesetzten inklusive der damaligen Stadträtin Monika Stocker zeigten kein Gehör. Die Frauen wurden abgekanzelt. „Missbräuche gibt es nicht“, war die einhellige Meinung der Departementsleitung. Diese Meinung von ganz oben herab galt es nach aussen um jeden Preis zu vertreten und im Departement zu leben. Den beiden Frauen blieb zur Aufdeckung krasser Missbräuche gar nichts anderes übrig, als der Gang an die Öffentlichkeit über die Medien. Dies als letzter Hilfeschrei.

Das Amtsgeheimnis darf niemals dazu dienen, um unsaubere Dinge und Machenschaften seitens der Verwaltung oder der Politik, die niemand sehen soll, zuzudecken und einfach unter dem Deckel zu halten. Missstände müssen schonungslos aufgedeckt werden. Dies hielt das Bezirksgericht letzte Woche unmissverständlich fest. Die SVP dankt den beiden Mitarbeiterinnen für ihren Mut, ihre Zivilcourage sowie ihre enorme aufgewendete Kraft und Energie. Dies ist keine Selbstverständlichkeit. Jetzt muss das Sozialdepartement Esther Wyler und Margrit Zopfi für den entstandenen Schaden entschädigen. Beide Frauen wurden vor über zwei Jahren wie Schwerstverbrecher polizeilich aus dem Sozialdepartement abgeführt.

Die SVP fühlt sich in ihrem stetigen Kampf gegen Sozialhilfemissbrauch und Misswirtschaft im Sozialdepartement bestätigt. Das Bezirksgericht übt zudem eine vernichtende Kritik an der Amtsführung der damaligen grünen Stadträtin. Entsprechend muss sich heute die Staatsanwaltschaft überlegen, ein Strafverfahren wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung gegen Monika Stocker und weitere Verantwortliche innerhalb des Sozialdepartements zu eröffnen.